



**Stabsstelle Demografie, Sozialplanung und
Bürgerbeteiligung**

Herr Winfried Lütke-Dartmann, Tel. 17-1018

TOP: Sachstand und Perspektiven der Stadtteilarbeit in Lüdenscheid

Beschlussvorlage Nr. 020/2022

Produkt: 01.02.08 Demografie / Sozialplanung

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales, Senioren und De-
mografie

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

15.02.2022

Finanzielle Auswirkungen?

ja

nein

investiv konsumtiv

Aufwendungen/Auszahlungen

Folgekosten (AfA, Unterhaltung...)

Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen

Sonstige Erträge/Einzahlungen

einmalig

lfd. jährlich

Bemerkung:

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto:

nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: / /

Laufend: / /

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der dargestellten Vorgehensweise den begonnenen Prozess zur Weiterentwicklung eines Gesamtkonzeptes für das Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartiersarbeit in Lüdenscheid fortzusetzen und in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Demografie im Jahr 2022 über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Begründung:

Im Jahr 2021 wurde mit einem Weiterentwicklungsprozess für die Erarbeitung eines zukunftsorientierten und umsetzungsfähigen Gesamtkonzeptes für das Handlungsfeld Stadtteil- und Quartiersarbeit gestartet. Als wesentliche Grundlagen für die Fortsetzung dieses Prozesses liegt nun ein Bericht zur Ist-Situation der Stadtteilarbeit in Lüdenscheid (Anlage der Beschlussvorlage Nr. 198/2021 mit Stand vom 30.07.2021) und eine Dokumentation der am 28.10.2021 durchgeführten Klausurveranstaltung „Sachstand und Perspektiven der Stadtteilarbeit in Lüdenscheid“ im Kulturhaus Lüdenscheid (siehe Anlage) vor.

Eine erste mündliche Berichterstattung über diese Klausurveranstaltung erfolgte bereits auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Demografie und in der nun vorliegenden Dokumentation findet sich ein zusammenfassendes Veranstaltungsfeedback und eine erste umfangreiche Arbeitsagenda (siehe Seite 13). Für die Fortsetzung des Weiterentwicklungsprozesses wird nun von der Verwaltung vorgeschlagen, zunächst folgende Aufgabenbereiche zu bearbeiten.

Aufgabenbereich Information und Kommunikation:

Aktuell gibt es für das Handlungsfeld keine zusammenfassende Kurzdarstellung auf der städtischen Internetseite. Hier soll nun für interessierte Bürger*innen die Möglichkeit einer Erstinformation geschaffen werden. Es werden einige einführende Hinweise zum Arbeitsansatz, Kurzbeschreibungen von vorhandenen Strukturen und Verlinkungen zu stadtteilbezogenen Einrichtungen und deren Projekte aufgenommen.

Ein bereits etabliertes Instrument für die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Verwaltung ist das Angebot der Sprechstunden des Bürgermeisters. Regelmäßig sollen nun auch Präsenztermine in örtlichen Einrichtungen der verschiedenen Stadtteile stattfinden. Die ersten Sprechstunden wurden nun von Sebastian Wagemeyer im Januar durchgeführt. Der Bürgermeister verbindet den Besuch in der Einrichtung mit einem Informationsgespräch über die Arbeit vor Ort und im Anschluss steht er interessierten Bürger*innen als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung.

Für eine direkte und schnelle Kommunikation mit den Bürgern*innen in den verschiedenen Stadtteilen soll zudem der digitale Bürgerdialog über die entsprechenden digitalen Medien im Rahmen der städtischen Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Sowohl über die städtische Webseite, die Sozialen Medien der Stadtverwaltung als auch über weitere, direkt auf die Zielgruppe zugeschnittene Formate (Newsletter / Kurznachrichten auf das Mobiltelefon) sollen die Angebote der Stadtteilarbeit aktiv kommuniziert werden.

Sammlung von Ideen und Ansätzen für besondere Informationsangebote für Bürger*innen direkt in den Stadtteilen und Quartieren. Dieses Anliegen wurde an unterschiedlichen Stellen der Klausurveranstaltung formuliert und es soll zunächst nach möglichen Umsetzungskonzepten gesucht werden, die sich ggf. bereits in anderen vergleichbaren Städten etabliert haben.

Aufgabenbereich Erhalt und Unterstützung der vorhandenen Strukturen:

Sicherstellung eines regelmäßigen fachbereichsübergreifenden Austausches über aktuelle Anliegen und Themenstellungen der vorhandenen Gruppen und Konferenzen. Angedacht ist einmal im Halbjahr eine kurze Videokonferenz, an der aus jedem Fachbereich der Stadt Lüdenscheid mindestens ein*e Mitarbeiter*in teilnimmt. Dort soll innerhalb der Verwaltung in einem kleinen Austauschformat eine frühzeitige Information über geplante und tatsächlich durchgeführte Treffen erfolgen.

Nachfolge- und Übergangsregelungen bei bereits erfolgten oder zukünftigen personellen Änderungen für eine federführende Begleitung vorhandener Strukturen durch Mitarbeiter*innen der Verwaltung müssen abgesichert werden. Eine besondere Bedeutung für eine gute Netzwerkarbeit haben die Akteure, die verbindlich die notwendigen organisatorischen Aufgaben übernehmen, die konkrete Moderation der Treffen leisten oder als feste Erstansprechpartner*in zur Verfügung stehen. Diese Tätigkeiten werden auf städtischer Seite aktuell von Mitarbeitern*innen aus Fachdiensten des Fachbereichs Jugend, Bildung, Sport und für eine Stadtteilkonferenz von einer Mitarbeiterin der Stabsstelle Demo-

grafie und Sozialplanung übernommen. Personelle Veränderungen in diesem Bereich erfordern zunächst eine interne Klärung, wer die Zusatzaufgabe zukünftig übernimmt und machen immer auch eine Einarbeitungszeit erforderlich.

Im konkreten Bedarfsfall muss die Organisation von erforderlichen Unterstützungsleistungen innerhalb der Gesamtverwaltung für gemeinsame Veranstaltungen und Treffen in den Stadtteilen erfolgen. Beispiele hierfür sind verbindliche Hilfestellungen von internen Dienststellen für die Antragstellung und Erstellung von notwendigen Unterlagen von in Planung befindlichen Stadtteilstellen oder die Zurverfügungstellung von Vorlagen für Öffentlichkeitsarbeit.

Aufgabenbereich: Gesamtstädtische Koordinierung und Steuerung:

Auf diese Querschnittsaufgabe wurde bereits im Ist-Bericht eingegangen und viele in der Dokumentation genannten übergreifenden Themen- und Aufgabenstellungen werden eine gute Gesamtkoordination erfordern. Im Jahr 2022 soll deshalb eine Prüfung für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle innerhalb der Stadtverwaltung für das Handlungsfeld Stadtteil und Quartiersarbeit erfolgen. Hierzu gehört eine Auflistung der damit angestrebten Handlungsziele, eine Ausarbeitung einer detaillierten Aufgabenbeschreibung und Erarbeitung eines organisatorischen und personellen Umsetzungsvorschlages. Neben der fachlichen Begleitung der vorhandenen Strukturen könnte zu den ersten konkreten Handlungszielen einer städtischen Koordinierungsstelle dann die Weiterbearbeitung folgender zentraler Themenstellungen gehören.

Erarbeitung eines Vorschlags zu den zukünftigen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten der Stadtteilkonferenzen und -gruppen auf relevante städtische Planungs- und Entwicklungsprozesse. Hierfür ist weiterhin eine klare Unterscheidung zu den festgelegten Abläufen und Vorgaben der kommunalpolitischen Ausschussarbeit erforderlich.

Erstellung einer Übersicht in welchen Stadtteilen oder Quartieren neben den vorhandenen Strukturen bereits gut funktionierende Netzwerke bestehen oder besondere zukünftige Abstimmungsbedarfe durch städtische Planungen oder übergreifende Themenstellungen gesehen werden. Hieraus sollen sich Vorschläge für einen zukünftigen bedarfsgerechten Aufbau weiterer Strukturen ableiten lassen.

Sammlung von Ideen und Konzeptansätzen für die Förderung für bürgerschaftliche Projektarbeiten die z.B. unter dem Motto „Von Bürgern für Bürger“ stehen. Dabei könnte es um zeitlich befristete Bau- oder Kreativaktionen für Begegnungsorte oder konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Instandhaltung und Pflege vorhandener Infrastruktur durch Vereine, Gruppen, Initiativen oder Nachbarschaften gehen.

Eine erfolgreiche Stadtteil- und Quartiersarbeit ist ein wichtiger Baustein bei der vielseitigen gesamtstädtischen Querschnittsaufgabe einer offenen Bürgerbeteiligung und der Förderung von bürgerschaftlichen Engagement. Damit tatsächlich auf der Basis vieler bereits vorhandener Formate und Erfahrungen neue Wege in Lüdenscheid bestritten werden können, sollte es hierfür eine einvernehmliche Abstimmung über den umzusetzenden Handlungsrahmen geben. Bei zukünftigen städtischen Leitbildentwicklungen müssen auch Aspekte einer anzustrebenden grundsätzlichen Beteiligungskultur berücksichtigt werden.

Der besondere Fokus im Jahr 2022 für das Handlungsfeld Stadtteilarbeit soll nun aber zunächst auf den Erhalt und die Unterstützung der noch vorhandenen aktiven Strukturen liegen. Aufgrund der Corona-Pandemie sind natürlich in den letzten zwei Jahren viele Netzwerktreffen in Präsenzform und eigentlich vorgesehene Veranstaltungen in den Stadtteilen ausgefallen oder verschoben worden. Erste Treffen von einigen Stadtteilkonferenzen hat es wieder im zweiten Halbjahr des letzten Jahres gegeben. Auch die aktuelle Pandemiesituation macht konkrete Planungen für das Jahr 2022 durch die unterschiedlichen Akteure weiterhin sehr schwierig. Durch die Notwendigkeit der Einhaltung von Hygieneschutzmaßnahmen ist der organisatorische Aufwand für gemeinsame Aktivitäten sehr hoch und es kann ggf. sehr kurzfristig auch immer wieder zu Änderungen kommen.

Deshalb kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden, in welchen Stadtbereichen Termine dieser örtlichen Netzwerkarbeit umgesetzt werden und in welcher Form auch daran interessierte Bürger*innen teilnehmen können. Die gleichen Unsicherheiten entstehen den durchführenden Diensten der Stadt Lüdenscheid natürlich auch bei der Organisation von Beteiligungsveranstaltungen für die Vorstellung und Abstimmung von konkreten örtlichen Planungsverfahren. Formate für öffentliche Veranstaltungen können nur sehr flexibel und mitunter auch kurzfristig vorbereitet werden.

Sollten direkt aus der Bürgerschaft neue Netzwerkiniciativen für Projekte oder Maßnahmen erfolgen, wird innerhalb der Verwaltung abgestimmt, wer als Erstansprechpartner*in für das Anliegen zur Verfügung stehen kann und welche ersten Unterstützungsleistungen ggf. angeboten werden können.

Aus Sichtweise der Verwaltung sollte auch zukünftig nicht das Ziel einer flächendeckenden Stadtteil- und Quartiersarbeit im Stadtgebiet Lüdenscheid angestrebt werden, sondern eine bedarfs- und ressourcenorientierte Umsetzung und Absicherung von aktiven Arbeitsstrukturen weiterhin im Vordergrund stehen. Auch aufgrund von fehlenden personellen Ressourcen plant die Verwaltung zunächst keine aktive Initiierung und den Aufbau von neuen Konferenzen bzw. Gruppen im Stadtgebiet.

Die Steuerung des begonnenen Weiterentwicklungsprozesses wird zunächst weiter von der Stabsstelle Demografie und Sozialplanung in Abstimmung mit dem Fachbereich Jugend, Bildung, Sport im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen übernommen. Zentrale organisatorische und personelle Themenstellungen, insbesondere der Prüfauftrag zur Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, werden in der verwaltungsinternen „Strategische Steuerungsgruppe“ behandelt und abgestimmt. Bei Bedarf kann hierfür zusätzlich eine Beteiligung von Vertretern*innen aus den vorhandenen Strukturen oder der örtlichen Kommunalpolitik erfolgen.

In der Klausurveranstaltung wurde die Idee für einen regelmäßigen stadtweiten Austausch durch eine „Stadt“ Stadtteilkonferenz formuliert. Ein solches Treffen soll voraussichtlich Ende Oktober/Anfang November 2022 erstmals durchgeführt werden. Hier kann über die Situation und Anliegen der vorhandenen Strukturen berichtet werden und die Verwaltung stellt wichtige Arbeitsergebnisse aus den dargestellten Aufgabenbereichen vor. Das Format und der Ablauf der Durchführung soll dabei nicht den Umfang der durchgeführten Klausurveranstaltung erreichen, es soll vielmehr ein Arbeitstreffen etabliert werden, wo einmal jährlich ein gesamtstädtischer Austausch und gemeinsame Abstimmungsprozesse über das Handlungsfeld möglich sind.

Die Verwaltung wird dort und auch in den Fachausschüssen über die weiteren Überlegungen oder bereits konkrete Planungen des Weiterentwicklungsprozesses in den Folgejahren berichten. Deshalb erfolgt ein mündlicher Sachstandsbericht im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie am letzten Sitzungstermin im Jahr 2022.

Lüdenscheid, den 26.01.2022

gez. Wagemeyer

Sebastian Wagemeyer

Anlage/n:

Dokumentation Klausurveranstaltung „Sachstand und Perspektive der Stadtteilarbeit in Lüdenscheid“ am 28.10.2021 im Kulturhaus Lüdenscheid.